

# Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31.307  
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Routen: Stadtkant Dresden, Postfach Nr. 656  
Postfach-Routen: Nr. 517 Dresden

Tagzeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederporitz, Gostermühl, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drape, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Ersteinstellung mit den Beilagen: Amst. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 4 gepaltene Prell-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet. Reklamen die 4 gepaltene Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Nachdruckrechten und schwierigen Sachverhalten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Preis in Anrechnung gebracht. Rabatanspruch erfolgt: b. der spätl. Zahlung, Klage od. Kontur d. Auftragsübers.

Mittwoch, den 2. Juni

1920

## Pilsudskis Staatsstreich gesetzlich anerkannt

Ein Professor als polnischer Staatspräsident — Briand zum zweiten Male durch die Rechtsparteien vor dem Sturze gerettet — Portugals Arbeiterschaft will die Errichtung einer Militärdiktatur mit der Erklärung des Generalstreiks beantworten

### Eine Abfrage an die Deutschnationalen

(Eigener Informationsdienst.)

Die neuerlichen Versuche der Deutschnationalen auf Fühlungnahme mit der jetzigen Regierungskoalition zum Zwecke einer neuen Zusammenarbeit haben, wie wir hören, keine Beachtung gefunden. In politischen Kreisen wird als auffällig vermerkt, daß die Antwort der Deutschen Volkspartei an den Großen Welttag nicht wie bisher von Dr. Scholz, dem Fraktionsvorsitzenden der Reichstagsfraktion, sondern vom Reichsaussenminister gegeben worden ist. Man schließt daraus, daß

Dr. Stresemann für die Durchführung seiner Außenpolitik unbedingt die Unterstützung der Sozialdemokraten braucht, die im Falle einer Rechtskoalition in Zweifel gezogen werden könnte.

Die Deutschnationalen haben bisher von ihrem außenpolitischen Programm in keiner Weise Abstand genommen und bestehen weiter auf Liquidierung der bisher verfohlten Völkerverbundspolitik. Ihre Einstellung wird in besonderer scharfer Weise demnächst zum Ausdruck kommen, wenn der Auswärtige Ausschuss über die Abrüstungsfrage berät und der deutsche Vertreter Graf Bernstorff über die deutsche Politik auf der Abrüstungskonferenz Bericht erstatten wird.

### Das Fürstentum vor dem Reichstag

Im Reichstag ist die Regierungsvorlage zur Frage der Fürstenabfindung eingegangen. Sie umfaßt im ganzen 29 Paragraphen und lehnt sich eng an den letzten Kompromißantrag der Regierungsparteien an. Vom Reichstag ist die Vorlage bereits angenommen.

### Demokraten u. Volksentscheid

(Eigener Informationsdienst.)

Von demokratischer Seite wird uns mitgeteilt, daß die Forderung der Deutschen Volkspartei auf eine nochmalige Erklärung der Reichsregierung gegen den Volksentscheid in der Fürstenabfindung von Seiten der Demokraten auf das schärfste bekämpft wird. Die Erklärung der Regierung Luther, die mit allen Ministern unter dem neuen Chef noch fortbestehen, genüge, um den Standpunkt des Kabinetts vor der Bevölkerung darzulegen. Die wirksamste Propaganda gegen eine entschuldigungslose Entzignung würde durch ein Kompromißgesetz der Koalitionsparteien erreicht werden, dem auch die Demokraten zustimmen könnten, deren Forderungen der Deutschen Volkspartei genügend bekannt seien. Es heißt, daß in diesem Sinne die demokratischen Minister innerhalb des Kabinetts agitieren werden. Die Demokraten betonen, daß ein gegenteiliger Beschluß der Regierung eine Vertiefung der Kluft zwischen den Koalitionsparteien zur Folge haben müßte.

### Neue Entlassungen bei Junkers

Nachdem die vierwöchige Sperrfrist, auf deren Einhaltung das anhaltische Staatsministerium dem Reich gegenüber bestanden

## Des Polenmarschalls neuer Sieg

Ein Staatspräsident von Pilsudskis Gnaden — Polens tatsächlicher Beherrscher in Reservestellung

Die verworrene Lage, die Marschall Pilsudski mit der Weigerung, das Amt des Staatspräsidenten anzunehmen, geschaffen hatte, hat nun insofern eine Klärung erfahren, als Professor Moscicki, der Mann Pilsudskis, zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Das Hin und Her der letzten Tage, das bei erster Betrachtung etwas komisch anmutete, hat doch gezeigt, daß die Macht des Marschalls soweit geht, daß er nach Zurückweisung seiner Wahl dem Sejm noch den Mann aufzwingen konnte, den er in der Stelle des Staatspräsidenten haben wollte.

Die Lage ist also die: an der Spitze des Staates ein Pilsudski ergebener Mensch, ein zu Pilsudski stehendes Regiment, ein gefügig gebildetes Parlament und

Pilsudski selbst außerhalb aller verfassungsmäßigen Bindungen

als vollkommen unabhängiger Regisseur des polnischen Politikeaters. In welcher Art er von der gewährten Selbstbestimmungsgehalt Gebrauch machen wird, bleibt abzuwarten. Aber es wäre ohne Zweifel ein

Irrium, wenn man annehmen würde, mit der Wahl des Staatspräsidenten seien die durch den Putsch geschaffenen Verhältnisse liquidiert worden. Man wird noch reden von Pilsudski.

### Der neue Staatschef

Professor Ignaz Moscicki wurde im zweiten Wahlgang mit 281 Stimmen gewählt. Einmütig erhielt 200 Stimmen für den Sozialisten Marek wurde eine Stimme abgegeben. Es fanden 63 Stimmenthaltungen statt. Moscicki hatte 39 Stimmen mehr, als die notwendige Majorität.

Man nimmt an, daß das Kabinett Bartels am Ruder bleiben wird, nachdem einige Veränderungen vorgenommen worden sind.

Der neue polnische Staatspräsident ist bisher politisch nie tätig gewesen und ist auch in den politischen und parlamentarischen Kreisen völlig unbekannt, er ist aber überzeugter Demokrat.

## Wieder eine Rechtsmehrheit Briands

Die stärkste Kammerpartei läßt den Ministerpräsidenten im Stich

Die gestrige Kammerstimmung in Paris. Die gestrige Kammerstimmung nahm einen außerordentlich dramatischen Verlauf. Das Haus war selten so stark beiegt und die Atmosphäre war die der großen und kritischen Tage. Zu Beginn der Debatte ergriff

Ministerpräsident Briand das Wort und erklärte, die Regierung bedürfe jetzt einer stabilen Mehrheit. Die Kammer werde die Folgen des Beschlusses, ihn im gegenwärtigen Augenblick zur Generaldebatte zwingen zu wollen, selber tragen müssen. Er werde die Vertrauensfrage stellen, denn eine Regierung, deren Autorität in den Stunden der Gefahr nur an einem Faden hänge, sei nicht in der Lage, die schwere Verantwortung für die sichere Durchführung der äußerst schwierigen Aufgaben des Staates länger zu tragen. Wenn eine Partei nicht Vertrauen zu der Regierung habe, möge sie sie stürzen. Das sei eine offenbar loyale Methode. Er werde es nicht zulassen, sich in dieser Sitzung einen Tropfen Blut abzupfen zu lassen. Dies System nehme der Regierung jeden Tag ein wenig von ihrer Macht. Einen Pyrrhussieg könne die Regierung nicht annehmen.

Zu den Radikalen gewandt, sagte er: „Ihr Gewissen wird ihnen für Verhalten vorschreiben. Wenn Sie glauben, eine Mehrheit bilden zu können, so müßen Sie es zeigen. Ich habe genug davon.“

Diese in erstem Tone vorgetragenen Worte fanden den Beifall der Rechten, der Mittelparteien und eines Teiles der Linken.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung schritt man zur

### Abstimmung

Die Regierung beantragte die Vertagung der Interpellationen und stellte die Vertrauensfrage.

Der Antrag wurde mit 313 gegen 147 Stimmen angenommen. Die Radikalsozialisten (die Demokraten), die die stärkste Regierungspartei bilden, haben sich der Abstimmung enthalten, mit Ausnahme von 20 Abgeordneten, die für die Regierung stimmten.

Die Regierungsmehrheit setzte sich sonst nur aus Rechtselementen zusammen. Ungefähr 140 Abgeordnete nahmen an der Abstimmung nicht teil.

hatte, abgelaufen ist, sind 700 Arbeiter der Junkers-Flugzeugwerke in Dessau entlassen worden. Das gleiche Los soll künftig etwa

800 Arbeiter treffen. Von den Angestellten sind 75 zum 31. Mai gekündigt worden; weitere 90 sollen am 30. Juni entlassen werden.

### Nach dem letzten Akt

(Kritische Betrachtungen zur ungarischen Frankfällcheraffäre.)  
(Von unserem Budapest-Korrespondenten.)

Wollte man der Riesenkomödie des Budapest Frankfällcherprozesses ein Motto vorausschicken, so gäbe es hierfür zwei Möglichkeiten, die allerdings eines unheimlichen Ernstes nicht entbehren; die eine wären die leidenschaftlichen Worte des Feldbischofs Zadarec:

„Künftig wird die Frankfällcheraffäre der Vergangenheit anheimgefallen sein, aber jene Waderen, die in meine Hand den Eid ablegten, werden die Schmach nicht vergessen, die ihnen angetan wurde, und in ihren Herzen wird der Haß gegen Frankreich wegen des Friedens von Trianon, der Ungarn mehr als zwei Drittel seines Bodens und seiner Bevölkerung geraubt hat, als ewige Flamme fortlodern!“

Nicht minder passend wären die Worte Szörtenys, des Präsidenten des Nationalverbandes: „Solange die Integrität unseres Landes nicht hergestellt ist, werden immer ungarische Patrioten bereit sein, mit den finsternsten Mitteln zu arbeiten, nicht bloß mit 1000-Frankoten. Wir werden uns zu Banden scharen und mit Dolch und Gift vom Säugling bis zum Greis alle ausrotten, die Feinde Ungarns sind, um auf diese Weise das geraubte Ungarn zurückzuerobern. Wir sühnen uns nicht um die in der Frankfällcher sautgewordenen Mordpredigten! ...“

Das sind nicht die wehmütigen Worte des geschlagenen Trojaners, das ist eher ein prophetisches, fürchtbares „Kommen wird einst der Tag — —“ des verzweifelten Priamus, das ist das donnerähnliche „Tuos ego!“ das der zürnende Meeresgott in Vergils „Aeneis“ den empörten Wogen zuruft — — und es wird still!

So ist der ganze Prozeß aufzufassen, der reich an heroischen und fürchtbar dramatischen Momenten, wie sie nur ein Shakespeare in seinen Schauspielen zusammenzuschweißen verstand! Auf der Anklagebank saßen zwar sichtbar ungarische Magnaten, unsichtbar aber saß dort jenes Frankreich, das im Winter 1918 seine ungeheuerlichsten Rechenfehler beging, nicht nur in Trianon! Die Vertreter der Bank von Frankreich und ihr Anwalt, sie müßten mit aufeinandergeprehten Lippen die glühenden Kohlen auf ihre Häupter werfen lassen — Frankreich spielte keine gute Rolle in diesem Prozeß ...“

Die Ungarn sind durch und durch Politiker und so kam es, daß der Schwurgerichtssaal mit dem Parlament vertauscht wurde. Die Regierung — die Opposition! Man mag über die Prozeßführung, bei der Angeklagte und Zeugen in den wichtigsten Belangen einfach die Beantwortung von Fragen verweigerten, den Kopf schütteln — bald spricht der eine, bald der andere, wie Tristan zu König Marke: „Das kann ich dir nicht sagen!“ aber alles hat seine tiefen Gründe. Die